

Reaktionen aus Russland zu der nuklearen Katastrophe in Japan

Als Antwort auf das Unglück in Japan hat die chinesische Führung den sofortigen Stopp von weiteren dutzenden Atomkraftwerken (AKWs) verfügt. Auch in Deutschland ist eine hektische Debatte über die Rücknahme der Verlängerung einiger AKWs entstanden. In der russischen Führung und der russischen Presse hingegen treffen diese Maßnahmen auf Unverständnis, zumal Premierminister Wladimir Putin noch vor einigen Jahren dazu aufgerufen hatte, Russland nicht nur als Exporteur von Öl- und Gas, sondern auch von Atomtechnik auf dem Weltmarkt führend zu machen. Auch der russische Präsident Dmitrij Medwedew bezeichnete den Ausbau der atomaren Energie als Teil der wirtschaftlichen Modernisierung Russlands. In Russland selber sind derzeit 10 AKWs (mit insgesamt 32 Reaktoren) in Betrieb. Daraus ergibt sich ein Anteil der nuklearen Energie im Energiemix von Russland von nahezu 16 Prozent. Bis 2030 sind 25 Prozent geplant, weitere 26 AKWs sollen in den nächsten zehn Jahren noch gebaut werden.

Auch im Ausland sah die russische Atombehörde Rosatom große Wachstumschancen. So hatte Putin noch am 15. März 2011 in Weißrussland mit dem dortigen Regierungschef Lukaschenko den Bau eines AKWs angekündigt. Einen Tag später verordnete er allerdings eine Analyse des russischen Atomsektors allgemein und speziell eine Überprüfung aller russischen AKWs in den

nächsten 30 Tagen. Die russische Regierung wollte so einer Panikmache in der russischen Bevölkerung vorbeugen. Auch russische Atomexperten von Rosatom betonten, dass das AKW in Fukushima in Japan veraltet gewesen sei und nicht über genügend Schutzmechanismen verfügte und einer durch ein Erdbeben der Stärke 9,0 einer fast apokalyptischen Katastrophe ausgesetzt war. Den russischen Atombehörden zufolge werden seit der Katastrophe in Tschernobyl die Sicherheitsvorkehrungen der AKWs sehr genau geprüft.

Russland ist der viertgrößte Exporteur von nuklearer Technik nach den USA, Frankreich und Japan. Das Ziel von Rosatom ist es, in einigen Jahren ein Viertel des nuklearen Weltmarktes zu erreichen. Abnehmer russischer Atomtechnologie sind vor allem Iran, China, Indien, Vietnam und die Türkei. Der Bau eines umstrittenen und von Umweltschützern stark kritisierten AKW in Belene in Bulgarien scheint nun fraglich. Während die Türkei den Bau eines geplanten AKW mit russischer Technologie weiterhin plant, sieht die russische Regierung die plötzlich sich wendende Meinung gegen Nuklearstrom in einigen Absatzmärkten mit Sorgen. Der Stopp bzw. die Stilllegung von AKWs im Ausland kann sich jedoch auch positiv auf Russlands Wirtschaft auswirken, da beispielsweise Deutschland, Japan oder China noch mehr von russischem Gas abhängig werden, um den Wegfall der atomaren Energie einerseits bzw. die gesteigerte Nachfrage nach Energie andererseits aufzufangen. Die Entwicklung im Nahen Osten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

21. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/moskau

und Nordafrika trägt außerdem dazu bei, den Preis für Öl, an den auch Gas gebunden ist, nach oben zu schrauben. Sobald der Ölpreis auf 100 Dollar pro Barrel steigt, ist der russische Haushalt ausgeglichen, rechnet der russische Finanzminister Kudrin vor. Im Moment steht er sogar bei 115 Dollar.

Von offizieller Seite heißt es, dass keine radioaktive Gefahr für die russische Bevölkerung im nur 800km von Japan entfernten Wladiwostok ausgeht. Dort hat die russische Bevölkerung der Regierung wenig Glauben geschenkt und alle in Geschäften und Apotheken verfügbaren Jodtabletten, Gasmasken und Strahlenmessgeräte aufgekauft. Flugtickets in den Westen Russlands sind ausverkauft oder werden zu Wucherpreisen gehandelt. Das Misstrauen gegenüber den Obrigkeiten stammt von vorherigen Ereignissen.

Vor fast genau 25 Jahren misslang ein Probelauf im Atomkraftwerk (AKW) von Tschernobyl in der heutigen Ukraine nahe bei Kiew. Die Sowjetische Führung unter Gorbatschow hatte den GAU tagelang vertuscht, die Bevölkerung im Unklaren über die nukleare Katastrophe gelassen. Von den geschätzten zwei Milliarden Euro, die eine neue Betonhülle um den explodierten Reaktor in Tschernobyl heute kosten würde, um weitere Strahlenbelastungen für die Umwelt zu vermeiden, steuert Russland 23 Millionen Euro bei. Auch heute sind Teile der russischen Bevölkerung skeptisch gegenüber der heimischen Regierung und zweifelt an deren Glaubwürdigkeit. Die Daten der Atomindustrie sind geheim und gelten als sicherheitsrelevant, sodass keine öffentliche Kontrolle herrscht. Eine Anti-AKW-Bewegung wie in Deutschland, die politisch-ideologisch besetzt ist, gibt es in Russland nicht. Auch die russischen Zeitungen setzen die Themen Japan (und Libyen) nach fünf Tagen nicht mehr auf die erste Seite. Nach einer soziologischen Umfrage des Instituts der Öffentlichen Meinung waren allerdings die Ereignisse in Japan für 32 Prozent der Befragten von größtem Interesse, gefolgt von Lybien

(14 Prozent). Die Regionalwahlen von letzter Woche, die als großer Stimmungstest für die Parlamentswahlen im Dezember diesen Jahres galten, waren mit 3 Prozent fast schon Nebensache. Viele Russen, vor allem die jüngere Generation, nutzen das Internet, um sich über politische Ereignisse zu informieren. Dennoch: trotz der Katastrophe von Tschernobyl ist die Bevölkerung nicht kritisch gegenüber AKWs eingestellt. Die Regierung steht daher mit ihrer Politik, Atomenergie weiter zu nutzen, nicht alleine, und sieht sich keinem Druck aus der Bevölkerung gegenüber, anders zu handeln.

Einzelstimmen warnen allerdings vor den niedrigen Sicherheitsvorkehrungen an russischen AKWs. Sie plädieren für den Bau von erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und Thermalenergie sowie einer besseren Einsparung durch Energie durch besser isolierte Gebäude und regulierbare Heizkörper. Das Thema Erneuerbare Energien wird in Russland allerdings wenig bis kaum beachtet und von der russischen Führung nicht wirklich ernst genommen, obwohl Russland viele Möglichkeiten dazu böte und als drittgrößter Verursacher von Treibhausgasen auch Interesse daran haben sollte. Einzig die Erhöhung der Energieeffizienz, wie von Präsident Medwedew immer wieder betont, wird als wichtigster Faktor in der Reduzierung von Treibhausgasen und Einsparung von hohen Energiekosten erkannt. Für eine Industrienation, die auf bezahlbare Preise und eine stabile Versorgungslage angewiesen ist, setzt man in Russland weiter auf drei Energieträger: fossile Energie wie Öl und Gas, Wasserkraft und Atomkraft.

Präsident Medwedew war der erste ausländische Staatsmann, der dem Japanischen Premier sein Mitgefühl ausgedrückt hat und zugleich angeboten, Japan zu helfen. Die Annahme der Hilfe Russlands, den erfahrenen russischen Katastrophenschutz nach Japan zur Unglücksstelle zu fliegen sowie zwei Öltanker nach Japan umzulenken, um die Stromzufuhr in dem Unglücksgebiet aufrecht zu erhalten, könnte zugleich ein Auf-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

21. März 2011

www.kas.de

www.kas.de/moskau

tauen in den ansonsten angespannten japanisch-russischen Beziehungen sein. Grund für die Anspannungen ist der Streit um die Kurilen, eine Inselgruppe im Norden Japans, die die Sowjetunion im 2. Weltkrieg besetzte und seitdem russisches Territorium sind. Japan fordert diese zurück. Offiziell wurde der Krieg zwischen den beiden Völkern auch nie mit einem Friedensvertrag beendet. Längerfristig gesehen wird Japan sich auch nach anderen Energiequellen umschauchen müssen. Ein logischer Schritt wäre, russisches Gas zu beziehen. Premierminister Putin forderte denn auch in einer Kabinettsitzung am 15. März 2011, dass die Gewinnung von Rohstoffen, vor allem im Fernen Osten Russlands, in Sachalin, nahe Japan, mit größter Anstrengung vorangetrieben werden müsse.

Mit dem 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl sowie dem Unglück in Japan kann es aber durchaus auch in Russland zu Diskussionen über die Atomkraft kommen. So sagte ein Sprecher des staatlichen Energiekonzerns Gasprom letzte Woche, dass die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen an russischen AKWs die Kosten für den Bau von neuen AKWs so in die Höhe treiben könnten, dass sie nicht mehr rentabel seien. Gasprom könnte so von der neuen Situation profitieren und den Ausbau von Pipelines und Öl- und Gasfelder in Sachalin nahe Japan ausbauen, um den zukünftigen Energiebedarf Japans zu decken. Die Gasfelder im fernen Osten waren bisher nicht entwickelt worden, da Kapital und Technologien nicht bereitgestellt wurden. Das könnte sich mit dem Angebot Putins an japanische Firmen, sich an den Gasfeldern im fernen Sibirien zu beteiligen, nun ändern.